BWjournal

Ausgabe 15

Informationen Ihrer AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

LIEBE MITBÜRGER,

ich wende mich an Sie in unruhigen Zeiten. Unser Land befindet sich am Vorabend einer noch nie dagewesenen **Wirtschaftskrise** – hervorgerufen durch die hanebüchene Politik sowohl unserer Landes- als auch vor allem der linksdominierten Bundesregierung.

Schnell wurde in der Politik der Ruf nach **Entlastungen** laut. Auch hierzulande forderte die SPD die Landesregierung auf, in Baden-Württemberg Maßnahmen zu ergreifen. Nur, hat es denn auf Bundesebene bereits welche gegeben? Ich erinnere daran, dass die SPD selbst Teil der sogenannten Ampel-Regierung ist. Gerade sie sollte sich mit Forderungen auf Landesebene vornehm zurückhalten, gehört sie im Bund doch zu den Krisenverursachern!

Denn eins ist jedem Bürger klar: Ob auf Landes- oder Bundesebene – die vermeintlichen Entlastungspakete zahlt am Ende immer der Steuerzahler. Ohnehin ist es zum neuen Volkssport der Regierung geworden, jedwedes Problem mit neuen Krediten, mit neuen Schulden zu lösen. Dies geht am Ende immer auf Kosten der nachfolgenden Generationen, die diese dann mit Zinsen zurückzahlen müssen. Die Probleme unseres Landes werden damit aber auch nicht gelöst.

Was jetzt nötig ist, sind tiefgreifende Steuersenkungen. **Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Energie und Treibstoffe muss ausgesetzt und die CO_2-Bepreisung sowie die Energiesteuer abgeschafft werden.** Dies sind tatsächliche Direktmaßnahmen, die zudem ohne ausufernde Bürokratie umsetzbar sind und alle Bürger gleichmäßig entlasten. Diese, liebe Mitbürger, gibt es aber nur mit der AfD-Fraktion: 13–16 Prozent laut jüngsten Umfragen sprechen eine deutliche Sprache.

Ihr

Bernd Gögel
Fraktionsvorsitzender

GUTE SCHÜLER – MIT UNS!

Laut **IQB-Studie** von Mitte Oktober diesen Jahres stürzen Baden-Württembergs Schüler nach dem Erdrutsch 2016 noch weiter ab. Beim Lesen und Zuhören erreichen nur 57 Prozent der Kinder die sogenannten Regelstandards, bei der Rechtschreibung gar nur 47 Prozent. Der Anteil der Haushalte, in denen Deutsch als Familiensprache gesprochen wird, liegt indes bei knapp 54 Prozent.

Obwohl homogene Klassen effektiver lernen, wie eine VDI-Studie von 2021 ergab, werden die Klassen im Südwesten bewusst heterogen gehalten. Wenn aber vor dem Hintergrund der Migration die Anzahl der Kinder steigt, die bei ihrer Einschulung der deutschen Sprache kaum oder gar nicht mächtig sind, braucht man sich über solche Ergebnisse nicht zu wundern. Und genau da setzt die AfD-Fraktion mit dem **„Gute-Schulstart-Gesetz"** an (Drucksache 17/2901, im Weiteren: Drs.): Während eines Brückenjahres zwischen Kindergarten und Grundschule werden verbindliche Lernziele nicht nur in Bezug auf Sprachkenntnisse umgesetzt, sondern auch in den Bereichen motorische Entwicklung, geographische Grundkenntnisse und Rechnen im Zahlenraum bis zehn. Nur auf diese Weise können wir in Baden-Württemberg erreichen, dass die Klassen wieder homogener und unsere Schüler wieder besser werden.

INNENSTADT STIRBT!

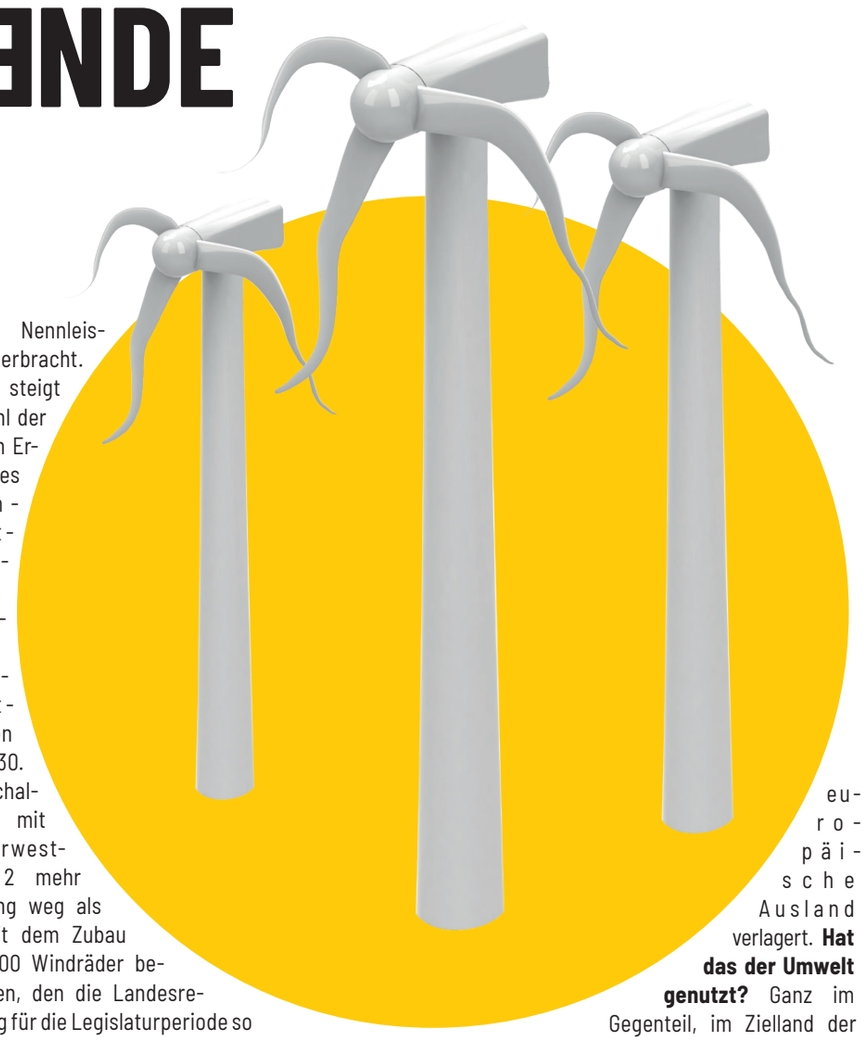
Die Innenstädte sterben aus – das Wirtschaftsministerium ist es wohl schon längst. Diese bereits vor Corona einsetzende Entwicklung wurde durch die völlig fehlgeleitete **Corona-Politik** noch verstärkt. Die von der Regierung verursachte Energiekrise gibt den Innenstädten jetzt den Rest. Vom Wirtschaftsministerium kommt indes nichts, um diesen Trend noch umzukehren.

Dabei hat die AfD-Fraktion Baden-Württemberg Lösungen mehrfach vorgelegt. Florierende Innenstädte gibt es nur, wenn es bezahlbare Mobilität gibt, die Sicherheit wiederhergestellt ist und internationale Digitalkonzerne angemessen besteuert werden.

Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut (CDU) versteckt sich stattdessen in gewohnter Altparteien-Manier hinter Ausreden: Zunächst war die Corona-Pandemie an allem schuld, jetzt ist mit dem russischen Angriffskrieg der nächste Sündenbock gefunden. Nein, das Virus hat den Einzelhandel nicht zerstört, sondern die **von der Regierung getroffenen Maßnahmen.**

Und nein, der Angriffskrieg samt Energiekrise hat ihn auch nicht schwer getroffen, sondern **die fatale Krisenpolitik der Regierung.** Diese hat die AfD-Fraktion mit einem Antrag (Drs. 17/140) aufgedeckt. Ihr liegen unsere Innenstädte am Herzen.

ENERGIEWENDE EIN FLOP!



Hohe Energiepreise, Inflation und eine enorme **Steuerlast** werden von den Regierenden unisono mit dem vermeintlichen Kampf gegen den Klimawandel gerechtfertigt. Dabei ist die in den Koalitionsverträgen in Bund und Land festgelegte Transformationspolitik vor allem eines: teuer, und zwar in erster Linie für den Bürger. **Bereits jetzt ist klar:** Dem vermeintlichen Klimaschutz nützt die dilettantische deutsche Energiewende gar nichts. Im Jahr 2021 erbrachten Solar- und Windenergie gerade einmal gut zehn Prozent des deutschen Gesamtenergieverbrauchs. Die Länder der Welt haben währenddessen mit fast 35 Gigatonnen CO2-Äquivalenten wie Methan einen neuen Emissionsrekord aufgestellt. Die CO2-Konzentration in der Atmosphäre stieg auch im letzten Jahr deutlich. Interessanterweise sind die Anstiege der letzten zehn Jahre mit Klimaschutz allesamt höher als in der Dekade direkt nach dem Beginn der Klimaschutzbemühungen 1990. Die Energiewende ist also ebenso teuer wie wirkungslos.

Die gesamten berechneten Restemissionen für das 1,5°-Ziel werden von den sechs größten Emittenten allein freigesetzt, darunter **Indien, Russland, USA und China.** Alle seriösen globalen Energieprognosen rechnen mit einer weiteren Zunahme der Nutzung fossiler Energie bis mindestens 2050! Wie lange soll uns das Märchen der erreichbaren CO2-Reduktions-Ziele eigentlich noch erzählt werden? Wir opfern sinnlos unseren Wohlstand. Genau dies zeigt auch unser Antrag zu den Zukunfstperspektiven des „Klimaschutzlandes Baden-Württemberg" in internationalen Zusammenhängen (Drs. 17/1359).

Das Märchen vom Wind als Freiheitsenergie. Dennoch wollen die Grünen und ihre offenbar nur passiv mitregierenden Partner von der SPD, FDP (Bund) und CDU (Land) 2% unseres Landes mit Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen vollstellen. Damit machen sie uns vom nächsten autokratischen Staat abhängig, denn nahezu alle dieser Anlagen kommen aus China – und müssen alle 20-30 Jahre erneuert werden. Diese Form der Energieerzeugung sprengt nicht nur alle Kosten, sondern kann auch bestenfalls als „Zufallsenergie" bezeichnet werden, da niemand den Ertrag der nächsten Winde und Sonnenstrahlen planen kann.

Deutschland hat über Jahrzehnte sichere Kernkraftwerke erforscht, doch während man im Ausland Kernkraftwerke und Endlager an der Grenze zu uns baut, bekommen wir nur absurde Spar-Tipps von unserer Regierung: Kretschmanns Waschlappen war der Gipfel. Mit etwas mehr Pragmatismus bei der Kernkraft müssten wir uns nicht zunehmend sorgen, zum Entwicklungsland zu werden – drohende Stromausfälle und Insolvenzen inklusive. In Baden-Württemberg haben die bestehenden Anlagen 2021 aber gerade 17,7% ihrer Nennleistung erbracht. Damit steigt die Zahl der für den Ersatz des Kernkraftwerkes benötigten Windkraftanlagen auf 1130. Wir schalten mit Neckarwestheim 2 mehr Leistung weg als wir mit dem Zubau der 1000 Windräder bekommen, den die Landesregierung für die Legislaturperiode so stolz verkündet hatte.

Nicht gelöst ist zudem immer noch das Problem der nicht vorhandenen Grundlastfähigkeit. Hier braucht es Gasersatzkraftwerke. Das macht den grünen Strom, der ja dank des Merit-Order-Prinzips die Kosten der Reservekraftwerke mitverdienen muss, dann richtig teuer, was in den Rechnungen bis jetzt einfach unterschlagen wird. Merit Order bedeutet übrigens, das immer die teuerste Form der Verstromung den Preis vorgibt. Man sieht also auch hier, dass die Energiewende vor allem ein Resultat hat: Sie macht Energie unerschwinglich sowohl für den Bürger als auch die Wirtschaft.

Ist der Strom zu teuer, wird einfach woanders produziert. Die Industrie geht prompt ins Ausland, wenn der Strom in unserem Land zu teuer wird. Ein Beispiel: Im März wurde im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg von einer großen Aluminiumknappheit auf dem europäischen Markt berichtet, 17% des EU-Bedarfs wurden nämlich aus Russland bezogen. Insbesondere unsere Automobilindustrie wurde von dort versorgt. Mit ausgelöst wurde die Knappheit dadurch, dass die australische Regierung ein Export-Verbot für das Ausgangserz Bauxit nach Russland verhängt hatte. Wie kommt es dazu, dass australisches Erz, dessen Endprodukt eigentlich in Baden-Württemberg gebraucht wird, den Umweg über Russland nehmen musste? Ganz einfach, weil die Aluminium-Produktion ein sehr energieintensiver Prozess ist. Wegen der immer teureren Energie in Deutschland wurde er deshalb ins osteuropäische Ausland verlagert. **Hat das der Umwelt genutzt?** Ganz im Gegenteil, im Zielland der Verlagerung ist der Anteil an fossilen Energien am Energie-Mix weit höher als bei uns. Dazu kamen erhebliche zusätzliche Logistikwege. Nur die deutsche Statistik wurde geschönt, auf Kosten der Umwelt, höherer Preise und entfallener Arbeitsplätze hierzulande.

Dennoch ist Emissionssenkung um jeden Preis weiterhin das Ziel unserer gründominierten Landesregierung. Die Abstimmung mit den Füßen hat in Deutschland indes längst begonnen. Junge Fachkräfte und Spezialisten wandern zu Tausenden aus: 1,8 Millionen in der letzten Dekade! Die AfD-Fraktion fühlt der Landesregierung daher stets auf den Zahn und stellt die Fragen, die die Bürger bewegen. Davon zeugen unsere Anträge zur Klimaresilienz in Baden-Württemberg (Drs. 17/2899) und zu den Auswirkungen einer Wasserstoffwirtschaft auf die Atmosphäre (Drs. 17/2566). All diese Anträge förderten die Sinnlosigkeit der derzeitigen Klimapolitik zutage.

Sie zeigen, dass Baden-Württemberg **trotz grüner Ideologie nicht die Welt rettet und dass auch grüne Stromerzeugung klimaschädlich ist**. Dies unterstreicht unsere Forderung: Beenden wir dieses Energie-Experiment, genannt Energiewende, und kehren wir zur Rationalität zurück, bevor es zu spät ist!

INFLA

Schluss mit der Weltrettungspolitik – retten wir Baden-Württemberg! Bankenrettungskrise, Migrationskrise, Coronakrise, Währungskrise, neue Flüchtlingskrise, Stromkrise, Gaskrise. Eine Krise folgt der Nächsten. Man könnte geradezu meinen, dass die Regierungen in Bund und Land es sich zur Aufgabe gemacht haben, Krisen zu produzieren. Denn diese Krisen sind zu großen Teilen selbst verursacht, ja zwangsläufige Folgen einer ideologischen Politik, die der Weltrettung Vorrang vor den Bedürfnissen des Landes und seiner Bürger gibt.

Angefangen mit der angeblichen Rettungspolitik für Griechenland, die tatsächlich eine Rettungspolitik für einige ausländische Banken war, gefolgt von der Migrationskrise und dann der Coronakrise wurden Billionen von Euros ohne Gegenwert gedruckt. Die Auswirkungen sind eine selbstverschuldete Währungskrise, wie wir sie gerade erleben. Bereits vor Putins Angriffskrieg im Januar 2022 lag die Inflation bei über 5% mit der Prognose einer Steigerung auf 7,8% zum Jahresende. Genau davor hatte nicht nur die AfD-Fraktion BW, sondern auch die AfD-Fraktionen bundesweit gewarnt. Die vertragswidrige und sorglose Geldschwemme der EZB zur jahrelangen Euro-Rettung hat sich zwangsläufig in ihr Gegenteil verkehrt. Sie wirkt nun als Brandbeschleuniger einer galoppierenden Inflation, die jede Altersvorsorge zunichtemacht. Leider verfügt der Bürger im Gegensatz zum Staat nicht über grenzenlose „Sondervermögen".

Jeder weiß: „Deutschland ist ein reiches Land." Eine marode Infrastruktur, Bildungsmisere, überdehnte Renten- und Sozialsysteme und nun Inflation und Energienotstand sprechen jedoch eine andere Sprache. Man muss offen fragen, ob wir es uns leisten können, dass immer mehr dieses „Reichtums" an Millionen zugereister Sozialleistungsempfänger fließt oder über eine Vielzahl verschiedener Verpflichtungen **direkt ins Ausland** überwiesen wird. Alleine im Jahr 2021 waren dies 64,4 Milliarden Euro, also, in der neuen Sprache unserer Regierenden, ein richtiger „Wumms". Dies alles, während in Deutschland sowohl die Altersarmut als auch die Kinderarmut immer weiter zunehmen. Ebenso zehren die Migrationspolitik und die grenzenlos vermasselte Energiewende an der Substanz des Landes, was sogar der Bundesrechnungshof seit Jahren immer wieder amtlich feststellt.

Dennoch verschwendet die Landesregierung in Baden-Württemberg das Steuergeld der Bürger in immer größerem Ausmaß. So hat die Regierung seit der Machtübernahme der Grünen die Zahl der Beamten auf eine nie gekannte Rekordhöhe ausgeweitet. Ebenso die Anzahl der Ministerien und Staatssekretäre (https://afd-fraktion-bw.de/_sites/afd-bw-fraktion/2022_bw-journal/pdf/2022-02_finanzen_v05_fin.pdf). Wäre es der Landesregierung mit ihrem Umweltschutz-Credo ernst, würde sie das Umweltministerium ins Landwirtschaftsministerium integrieren. **Wer, wenn nicht unsere Bauern, deren Betriebskapital eine intakte Umwelt ist, sind für einen wirklichen Umweltschutz geeignet?** Die Schulden des Landes wurden unter dem Vorwand „Corona" ins Maßlose ausgeweitet und gänzlich ungeniert zur Finanzierung unzähliger ideologischer Projekte missbraucht. Ob Holzbauoffensive, die Förderung von Lastenfahrrädern oder Kuh-Kalb-Ställe – mit Coronageldern konnte alles finanziert werden. Diese Kritik der AfD-Fraktion wird inzwischen auch vom Landesrechnungshof vertreten (https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/aktuelles/3967/).

JEDER 9. VOLLBESCHÄFTIGTE ARBEITET FÜR DEN STAAT!

Kann sich Baden-Württemberg Hilfsprojekte in Dohuk und Kurdistan-Irak leisten, solange zunehmend Bürger bei uns auf Lebensmittelspenden angewiesen sind? Muss „THE LÄND" die Erforschung von ostiranischen Instrumenten finanzieren, anstatt unseren Kindern günstigeren Musikunterricht anzubieten? Beides hat die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in Regierungsanfragen ergründet (Drs. 17/269).

Können und müssen wir als Bundesland 14 Repräsentanzen im Ausland betreiben? Brauchen wir dauerhaften Kontakt nach KwaZulu-Natal oder Addis Abeba? Ist es die Aufgabe eines Bundeslandes, wenigen Unternehmen bessere Marktchancen im Ausland zu verschaffen, während im Inland eine große Zahl von Unternehmen von der Insolvenz bedroht ist? Oder geht es nicht doch eher um die überdimensionierten Reisen der Regierung in diese Länder, teils mit über 100 Teilnehmern und Pressevertretern? (Drsn. 17/713; 17/1273; 17/1486). **Warum braucht die Landeszentrale für politische Bildung in „THE LÄND" fünf Mal so viele Mittel wie deren Kollegen in Bayern?** Wäre das Geld nicht besser in unseren Schulen aufgehoben? Dort gehören wohlgemerkt auch die Bildungsexperimente gestoppt, denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen und die mangelnden Lernergebnisse werden längst durch internationale Studien belegt. Während die Grünen in Baden-Württemberg mit Steuergeldern Probefahrten mit Elektroautos finanzieren, will die AfD-Fraktion das Geld in eine bessere Verkehrsinfrastruktur stecken. Die grüne Landesregierung in Baden-Württemberg dagegen verwendet noch nicht einmal die zur Verfügung gestellten

ATION

Steuergelder zur Instandhaltung der Landesstraßen vollständig. Dies hat nicht nur die AfD-Fraktion, sondern auch der Landesrechnungshof wiederholt kritisiert. Stattdessen reisen Landesbedienstete im grünen Ländle zunehmend per Flugzeug. Erst Corona konnte diesen Trend vorläufig stoppen. Hätte die Landesregierung mehr auf Videokonferenzen gesetzt und wäre das Geld in den Glasfaser-Ausbau geflossen, dann hätten wir einen dauerhaften Effekt.

Könnten wir in Baden-Württemberg nicht die Gender-Lehrstühle einsparen und statt über „feministisch-queere Astrologie" zu diskutieren lieber mehr Mediziner ausbilden? Ein Land, das mehr Lehrstühle für Gender-Studies hat als für Pharmazie, ist nicht wohlhabend, sondern dekadent. Der Landeshaushalt ist ebenso wie der Bundes- und der EU-Haushalt voll mit verzichtbaren Ausgaben. Würde man die 154 Abgeordneten als Beauftragte der Bürger von Baden-Württemberg ernst nehmen, dann könnte man die grüne Bürgerbeauftragte samt stetig wachsendem Mitarbeiterstab einsparen. Natürlich wurde der Antrag der AfD-Fraktion dazu im Landtag von den Altparteien abgelehnt (https://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/aktuelles/1368/).

Wäre es nicht günstiger, endlich konsequent straffällig gewordene Asylbewerber abzuschieben, anstatt immer mehr Geld für weitere Haftplätze zu benötigen, zudem für Video-Dolmetscher, Arabisch-Unterricht für die Wärter, spezielles Essen? Wenn man schon in der Presse lesen muss, dass in der Türkei ganze Dörfer vom Geld aus Deutschland leben, dann läuft etwas falsch. All dieses Geld fehlt bei uns, denn es wurde uns Steuerzahlern abgenommen und zweckentfremdet!

Warum hört die Landesregierung in Baden-Württemberg nicht damit auf, im sogenannten „Kampf gegen rechts" Treffpunkte für Linksextremisten zu finanzieren? Dann könnte mit dem Geld so mancher baufällige Spielplatz erneuert werden. Warum müssen die vielen Projekte „gegen rechts", die weit über 250 Millionen Euro pro Jahr kosten, eigentlich keine Rechenschaft ablegen? Welchen Effekt haben sie? Würde dieses Geld bei Schulen, Kindergärten oder der Polizei nicht viel mehr bewirken? Fast 7 Millionen Menschen in Deutschland benötigen Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Ist das kein guter Grund, um endlich verantwortungsvoller mit unseren Steuergeldern umzugehen und um Sozialmissbrauch endlich konsequenter zu unterbinden?

Fangen wir in Baden-Württemberg damit an! Deutschland – ein reiches Land? 147 Tafeln in Baden-Württemberg mit mehr als 200 Ausgabestellen und 6.000 Freiwilligen müssen sich größtenteils durch Spenden finanzieren, um über zwei Millionen Menschen zu versorgen. Doch aufgrund der zunehmenden Anzahl von „Kunden" mussten 62% der Tafeln die Lebensmittelmenge je Haushalt bereits reduzieren. Sind wir also wirklich ein reiches Land? Besonders pikant: fast 60% der Flüchtlinge, die bei Tafeln Lebensmittel holen, wurden von Behörden dorthin verwiesen. **Der Staat schiebt die teils selbst verursachten Probleme auf Ehrenamtliche ab!** Immer mehr Menschen sind von Armut bedroht, während die bevorzugte Wählergruppe der Grünen immer wohlhabender wird. Sie profitiert sogar an ihren Anteilen an Windkraftanlagen und sonstigen „grünen" Energien, die dank dem hohen Gaspreis ebenfalls Rekord-Gewinne einfahren und weshalb es für die Grünen auch keinen Grund gibt, sich einen niedrigeren Gaspreis zu wünschen – ganz im Gegenteil: der hohe Gaspreis kommt ihnen sehr gelegen.

JEDES FÜNFTE KLEINE UNTERNEHMEN GLAUBT, DASS SIE ES NICHT DURCH DEN WINTER SCHAFFEN!

Doch grüne Politik ist fatal für alle, die nicht davon profitieren. Sie verbrennt das Geld, mit dem wir so viel Gutes – für uns – tun könnten: Schutz-Maßnahmen, um auf (natürliche) klimatische Veränderungen zu reagieren, technologische Entwicklungen, Hilfen, die viele Insolvenzen verhindern könnten, oder mehr Unterstützung für die eigene Bevölkerung, die zunehmend mit Abstrichen in allen Lebensbereichen kämpfen muss – vom Lehrermangel bis zum Ärztemangel, von der zunehmenden Armut und Lebensmittelspenden bis zur zerfallenden Infrastruktur. Statt der grünen Utopie von einer Umwelt ohne Menschen und ihren Maschinen – Grün-Schwarz gab sogar Geld für sechs Sozialpädagogen zur Untersuchung der „Mensch-Wald-Beziehungen" aus – müssen wir uns vorstellen, was ohne diese Geldverschwendungen möglich wäre.

Wie viele Menschen könnten von ihrer Arbeit leben, wenn die Steuern geringer wären? Dabei darf man nie vergessen: Steuergelder sind endlich. Derzeit gibt es in Deutschland noch 27 Millionen Steuerzahler. Davon sind allerdings 12 Millionen beim Staat angestellt. Ergo gibt es insgesamt nur 15 Millionen produktive Steuerzahler. Sie tragen das System. Wenn ihre Zahl unter dem stetig wachsenden wirtschaftlichen Druck noch weiter zurückgeht, dann ist unsere Art zu leben in Gefahr. Dies muss der Regierung endlich bewusst werden.

KLINIKSTERBEN

DER REGIERUNG IST'S EGAL!

Die Krankenhauslandschaft befindet sich seit Jahren im Wandel. Während direkt Betroffene von **„Kliniksterben"** sprechen, sieht ihn die Landesregierung als notwendige „Strukturbereinigung". In den nächsten fünf bis zehn Jahren werden Krankenhausschließungen und Bettenabbau im Ausmaß von 20-30% prognostiziert. Sozialminister Lucha (Grüne) sieht derweil keine Alternative zu dieser Entwicklung und bleibt tatenlos.

Die Krankenhausstruktur-Studie der Bertelsmann-Stiftung schlägt vor, von den ca. 1.600 Akutkrankenhäusern in Deutschland 1.000 zu schließen und die verbleibenden 600 Kliniken zu Großkliniken zu machen. Begründet wird dies mit medizinischen Innovationen und einer höheren Versorgungsqualität, vor allem bei komplexeren Eingriffen.

Durch eine stärkere Konzentration der Krankenhausdichte verschlechtert sich vor allem in ländlichen Regionen die schnelle Erreichbarkeit der Krankenhäuser. Unter Umständen kann in Notfallsituationen keine Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Die Zentralisierung führt außerdem zu einer weiteren Verdichtung von Arbeitsprozessen und damit zur weiteren Belastung des Klinikpersonals. Ein großer Teil des stationären medizinischen Versorgungsbedarfs braucht zudem keine Spezialisierung. Es handelt sich um medizinische Grundeingriffe wie Geburten, viele auch altersbedingte Krankheitsbilder der Inneren Medizin, neurologische Krankheitsbilder sowie um den geriatrischen Versorgungsbedarf in einer alternden Gesellschaft. Das sind Behandlungen, die möglichst familien- und wohnortnah in erreichbaren Krankenhäusern auch in Zukunft erbracht werden müssen.

Denn ein Krankenhaus ist vor allen Dingen ein Instrument der lokalen **Daseinsvorsorge**. Es kann durch Telemedizin und Gesundheitszentren (MVZ) nicht gleichwertig ersetzt werden. Die Landesregierung beharrt jedoch auf ihrem eingeschlagenen Weg der Konzentration und Schwerpunktbildung. Dieser hat sich aber in der Corona-Krise – siehe die hochzentralisierten Systeme in den Niederlanden mit 132 Kliniken für 17,4 Mio. Einwohner oder Belgien mit 103 Kliniken für 11,5 Mio. Einwohner – nicht bewährt. Das Gesundheitssystem ist in beiden Ländern während der Corona-Krise aufgrund ungenügender Kapazitäten innerhalb kurzer Zeit kollabiert, sodass etliche Patienten in Deutschland behandelt werden mussten. Die monokausale Erklärung, dass die Konzentration auf wenige Krankenhäuser bessere Qualität bedeute, greift viel zu kurz.

Die noch verbliebenen Kliniken kämpfen mit dem anhaltenden Problem der chronischen Unterfinanzierung. Darüber berichten jährlich der Krankenhaus-Rating-Report und die Bestandsaufnahme der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). Doch das Land entzieht sich seiner Verantwortung, indem es den tatsächlichen Investitionsbedarf der Krankenhäuser nicht berücksichtigt und somit gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz und das Landeskrankenhausgesetz verstößt.

Die AfD-Fraktion hat der Landesregierung besonders mit zwei Anträgen Druck gemacht. Erstens forderten wir eine deutliche Steigerung des Investitionskostenanteils der Landesregierung bei den Krankenhäusern. Deren Finanzierung muss nämlich sichergestellt werden, die Landesregierung ist hier in der Pflicht. Zweitens forderten wir ein höheres Engagement des Landes bei der Krankenhausplanung. Sie darf die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe nicht im Stich lassen. Dafür wird die AfD-Fraktion sorgen!

Die AfD-Fraktion hat der Landesregierung besonders mit zwei Anträgen Druck gemacht. Erstens forderten wir eine deutliche Steigerung des Investitionskostenanteils der Landesregierung bei den Krankenhäusern (Drs. 17/2217). Deren Finanzierung muss nämlich sichergestellt werden, die Landesregierung ist hier in der Pflicht. Zweitens forderten wir ein höheres Engagement des Landes bei der Krankenhausplanung (Drs. 17/2117). Sie darf die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe nicht im Stich lassen. Dafür wird die AfD-Fraktion sorgen!

FACHKRÄFTEMANGEL - EIN PROBLEM

In Baden-Württemberg können 10.000 offene Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Die Gründe dafür sind, dass 72% der Betriebe schlichtweg keine Bewerber auf offene Stellen finden. 56% der Betriebe beklagen, dass die Qualifikation der Bewerber nicht den Anforderungen entspricht. Kaum ein Bewerber kann die Grundrechenarten schriftlich erledigen, ganz zu schweigen von einfachen Flächen- und Volumenberechnungen oder Prozentrechnung. Die Rechtschreibung hält sich auch in Grenzen.

Zur Lösung des Fachkräftemangels schlägt die AfD-Fraktion vor, dass neben der Vermittlung angemessener Werte in der Schule auch die Ertüchtigung für die Berufsschule gehört. Der Jugend wird oft ein falsches Bild vom Verdienst und den Jobchancen vermittelt. Es braucht ein Überdenken der Zugangsvoraussetzungen zum Studium und Werbekampagnen, um die Chancen des Handwerks bekannter zu machen und das Image der dualen Ausbildung aufzubessern! Gleichzeitig braucht es Maßnahmen, die es jungen, gesunden Menschen erschweren, sich in der sozialen Hängematte auszuruhen.

Die Politik sollte immer daran denken: Das Handwerk braucht sie nicht – aber sie braucht das Handwerk.

Scannen für mehr Informationen

BÜRGERRECHTE SIND FREIHEITSRECHTE

Die Idee der Menschenrechte gehört zu den großen Errungenschaften der europäischen Geschichte. Freiheit, Leben, körperliche Unversehrtheit und Eigentum sind jene Rechte, die den Bürger vom Untertanen unterscheiden. Wir finden sie auch als Grundrechte im Grundgesetz festgeschrieben. Die Grundrechte schützen den Bürger vor dem Staat. Im Kern handelt es sich um Abwehrrechte: Sie wehren Übergriffe des Staates ab, sie verbieten es, Menschen ihres Eigentums zu berauben, sie einzusperren, zu verletzen und sie zu töten.

In der Bundesrepublik besteht seit einiger Zeit die Tendenz, sich immer neue Menschenrechte auszudenken und verfassungsmäßig verbindlich zu machen. Die immer neuen, aus einer linksgrünen Ideologie heraus generierten „Menschenrechte" sind dabei fast nie Abwehrrechte, sondern fast immer Anspruchsrechte. Linke Politik zielt grundsätzlich darauf ab, Einzelnen und Gruppen immer neue Ansprüche auf besondere staatliche Leistungen und Fürsorge zu verschaffen.

All das mag nett, sozial und gerecht klingen – allerdings auch nur so lange, bis man sich klarmacht, dass all das auch finanziert werden muss. Der Staat erwirtschaftet sein Vermögen aber nicht, sondern nimmt es in Form von Steuern von seinen Bürgern. Die Kehrseite davon, dass der Staat einigen seiner Bürger etwas schenkt, ist also immer die, dass er anderen Bürgern etwas wegnimmt. Solche Umverteilung kann in der Tat gute Gründe haben und die Gerechtigkeit im Land befördern. Sie muss aber auch klare Grenzen haben. Denn immer wenn der Staat umverteilt, greift er in die Freiheits- und Eigentumsrechte seiner Bürger ein.

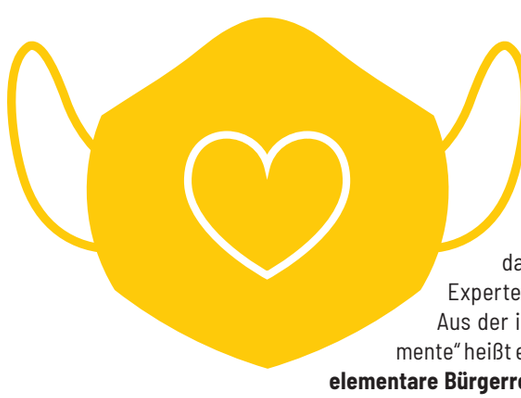
Der Extremfall steht bereits vor der Tür und wird von Politik und Medien propagiert: Das sogenannte „bedingungslose Grundeinkommen". **Die Frage ist aber: Woher kommt das Geld?**

Da Geld nun einmal nicht vom Himmel fällt und auch nicht auf Bäumen wächst, kann so etwas nur mit massiven Enteignungen finanziert werden, oder mit staatlicher Verschuldung, also einer vorwegnehmenden Enteignung unserer Nachkommen, die unsere Schulden zurückzahlen müssen. All das jedoch nur kurzfristig, denn es gilt auch hier die berühmte Bemerkung Margaret Thatchers:

Das Problem der Sozialisten ist, dass ihnen irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht. Die AfD-Fraktion Baden-Württemberg steht für eine seriöse Finanzpolitik, wie die Anträge und Anfragen der Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg immer wieder unter Beweis stellen: So beispielsweise der Antrag zur telemetrischen Datennutzung und Freiheitsrechten (Drs. 17/2791), die Anfrage zum Umgang mit telematischer Überwachung im öffentlichen Bereich (Drs. 17/2299) oder der Antrag zur Aufhebung der Impfpflicht im Gesundheitswesen aufgrund einer grundrechteverletzenden Ungleichbehandlung (Drs. 17/2552).

CORONA

LUCHAS MASKENLIEBE



Schon die Tatsache, dass die Maskenpflicht in Flugzeugen ausgesetzt ist, in Bussen und Bahnen aber weitergelten soll, zeigt die Inkonsistenz, ja Absurdität der Regelungen. Denn Abstufungen in der Effizienz der Luftfilterung kann man nicht geltend machen, im Gegenteil: Züge halten an Haltestellen und werden durch das Öffnen der Türen durchgelüftet. Viele Experten kritisierten die Maskenpflicht bereits. Aus der interdisziplinären Autorengruppe der „7 Argumente" heißt es beispielsweise: **„Wer in einem Rechtsstaat elementare Bürgerrechte einschränken will, muss zunächst die Notwendigkeit dafür nachweisen."** Dabei haben Experten darauf hingewiesen, dass es keine wissenschafliche Evidenz gebe und diese auch den Empfehlungen von Fachgesellschaften widerspreche. Menschen dürfe nicht dauerhaft die Möglichkeit genommen werden, sich von Angesicht zu Angesicht zeigen zu können. Die AfD-Fraktion hält die Maskenpflicht für paternalistisch und unverhältnismäßig. Die Maskenpflicht missachtet elementare menschliche Bedürfnisse. Die AfD-Fraktion steht als einzige für Eigenverantwortung und plädiert strikt **gegen jeden Maskenzwang** – wie zum Beispiel im Redebeitrag von Carola Wolle MdL in der Landtagsdebatte zum Erlass infektionsschützender Maßnahmen.

Scannen für mehr Informationen

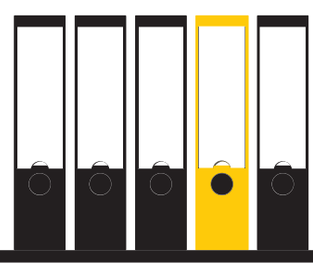
BÜROKRATIEABBAU

Unter uns - Gutes-Schulstart-Gesetz, Krankenhausfinanzierung, bezahlbare Mobilität – viele Projekte der AfD-Fraktion kosten natürlich Geld. Woher soll das kommen? **Ganz einfach**: Aus Einsparungen, die die Fraktion in den in den letzten Haushaltsberatungen und auch dieses Mal wieder einbringen wird. Bürokratie abbauen und den Staat verschlanken, heißt das Zauberwort. Baden-Württemberg leistet sich derzeit **12 Ministerien** mit Tausenden Beamten. Das sind viel zu viele, die überdies dem grünschwarzen Koalitionsvertrag geschuldet sind. Wir planen, diese Strukturen nach dem Motto „Aus zwei mach anderthalb" zu verschlanken und wollen den Regierungsapparat auf **8 Ministerien** eindampfen, die zudem logischer und sachgerechter gegliedert sind als dies bisher der Fall ist.

Am Staats-, Finanz- und Justizministerium halten wir fest. Dem Ministerium des Inneren schlagen wir auch den Bereich Migration zu. Das Ministerium für Wirtschaft wird ein „Superministerium", da es auch Arbeit, Forschung, Energie, Verkehr und Landesentwicklung beinhaltet. Das Ministerium für Soziales übernimmt neben der Zuständigkeit für die Gesundheit auch die für Wohnen, Mobilität und Integration.

Das Ministerium für Bildung verantwortet neben Schule auch Kunst, Kultur und Sport. Das Ministerium für Umwelt wird in Heimatmuseum umbenannt und erhält neben der Verantwortung für den Ländlichen Raum auch die für Ernährung und Verbraucherschutz. Damit sparen wir Hunderte Stellen ein, die nicht nur bei den Gehältern, sondern auch den Pensionsrückstellungen zu Buche schlagen.

Daneben plant die AfD-Fraktion eine Reform der Finanzverfassung. Durch eine Änderung von Artikel 73 Absatz 3 der Landesverfassung und die Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes soll den Kommunen eine höhere, verfassungsmäßig garantierte Finanzausstattung gewährt werden. Diese erleichtert ihnen nicht nur die angemessene Erledigung der ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, sondern ermöglicht ihnen auch die verstärkte Wahrnehmung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben: **Kommunen sollen nicht länger am „goldenen Zügel" des Landes geführt werden**. Damit stellt die AfD-Fraktion endlich das Verhältnis zwischen Regierung und Kommunen vom Kopf auf die Füße.



FRAKTION BW | AfD

BWjournal

Sie finden uns auch unter:

- afd-fraktion-bw.de
- facebook.com/AfDFraktionBW
- instagram.com/afd_bw
- twitter.com/AfDFraktionBW

Infos der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Sonderausgabe mit E-Paper zum downloaden.

Impressum:
V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Hartung, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart. Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Fotos: AdobeStock. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Redaktionsschluss 10/2022. Die Redaktion erreichen Sie unter: **presse@afd.landtag-bw.de**

IHRE ABGEORDNETEN

Dr. Rainer **Balzer** MdL
Wahlkreis Bruchsal
rainer.balzer@afd.landtag-bw.de

Alfred **Bamberger** MdL
Wahlkreis Pforzheim
alfred.bamberger@afd.landtag-bw.de

Anton **Baron** MdL
Wahlkreis Hohenlohe
anton.baron@afd.landtag-bw.de

Bernhard **Eisenhut** MdL
Wahlkreis Singen
bernhard.eisenhut@afd.landtag-bw.de

Bernd **Gögel** MdL
Wahlkreis Enz
bernd.goegel@afd.landtag-bw.de

Hans-Jürgen **Goßner** MdL
Wahlkreis Göppingen
hans-juergen.gossner@afd.landtag-bw.de

Dr. Uwe **Hellstern** MdL
Wahlkreis Freudenstadt
uwe.hellstern@afd.landtag-bw.de

Hans-Peter **Hörner** MdL
Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen
hans-peter.hoerner@afd.landtag-bw.de

Miguel **Klauß** MdL
Wahlkreis Calw
miguel.klauss@afd.landtag-bw.de

Rüdiger **Klos** MdL
Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen
ruediger.klos@afd.landtag-bw.de

Daniel **Lindenschmid** MdL
Wahlkreis Backnang
daniel.lindenschmid@afd.landtag-bw.de

Dr. Rainer **Podeswa** MdL
Wahlkreis Eppingen
rainer.podeswa@afd.landtag-bw.de

Ruben **Rupp** MdL
Wahlkreis Schwäbisch Gmünd
ruben.rupp@afd.landtag-bw.de

Emil **Sänze** MdL
Wahlkreis Rottweil
emil.saenze@afd.landtag-bw.de

Udo **Stein** MdL
Wahlkreis Schwäbisch Hall
udo.stein@afd.landtag-bw.de

Joachim **Steyer** MdL
Wahlkreis Hechingen-Münsingen
joachim.steyer@afd.landtag-bw.de

Carola **Wolle** MdL
Wahlkreis Neckarsulm
carola.wolle@afd.landtag-bw.de